

BRICS, SOZ, EAWU und die Ordnung jenseits des „Westens“

## Schon jenseits von Anti?

Thomas Roithner

Besser hätten das timing und das Signal wohl kaum sein können. Wenn man nur richtig hingesehen hätte. Während sich die Euro-Zone eines ihrer vielen letzten Griechenland-Gefechte lieferte und Diskussionsrunden die zerbröselnde EU-Solidarität und Wirtschaftspotenz beklagen, schien man im Zuge der [Gipfel im russischen Ufa](#) letzte Woche in puncto einer Zusammenarbeit jenseits des „Westens“ im mehrerlei Hinsicht weitergekommen zu sein. Eine tektonische Plattenverschiebung, gegen die sich die heutigen Griechenland-Schuldenrückzahlungen als globalpolitischer Kindergeburtstag herausstellen könnten.

Der russische Präsident Wladimir Putin zog alle Register, die er angesichts der EU-Sanktionen und der G7-Boykotte ziehen konnte. Putin pflegt seine Spielart eines russischen Multilateralismus. Und er pflegt alte und neue Freundschaften. Zumindest sind es jedenfalls Allianzen von des Feindes Feind.

Auf den letztwöchigen Gipfel der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) folgte jener der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit ([SOZ](#)). Aber das war noch nicht alles. Ebenso vertreten waren Delegationen der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU).

### Diversität

Die teilnehmenden Nationalstaaten zeichnen sich weniger durch eine gemeinsame Linie als durch enorme Verschiedenartigkeit aus, wenngleich sich durch die mittlerweile sieben BRICS-Gipfel seit 2009 (Südafrika seit 2010) international beachtliche Initiativen und Absprachen ergeben haben. Von internationalen Finanzinstitutionen bis zum Weltklima reichen die Vereinbarungen. Zumindest ist es die Gunst der letzten Dekade, die heute Wladimir Putin, Xi Jinping, Dilma Rousseff, Narendra Modi und Jacob Zuma Institutionen zimmern lassen, die weit über eine Schönwetter-Momentaufnahme hinausreichen. Aber nicht nur von einer ökonomischen Augenhöhe, sondern auch von einer „Wertegemeinschaft“ sind die fünf BRICS-Staaten jedoch weit entfernt.

In den BRICS-Staaten leben über drei Milliarden Menschen – etwas über 40 Prozent der Weltbevölkerung – und erwirtschaften gegenwärtig gut ein Viertel des globalen Sozialprodukts. [Prognosen](#) weisen vier der fünf BRICS im Jahr 2050 die ersten sechs Plätze der Weltwirtschaft zu. Russland und China finden sich auch im Zentrum der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), die in einem starken Ausmaß auch sicherheits- und energiepolitische Ziele verfolgt und regelmäßige Militärmanöver veranstaltet. Die Mongolei, Iran,

Afghanistan sowie – seit dem Ufa-Gipfel – Weißrussland haben SOZ-Beobachterstatus.

### **Ökonomische Gegenmacht**

Dass internationale Finanzinstitutionen vom Westen als Druckmittel verwendet werden ist den BRICS-Staaten ein Dorn im Auge. Sie haben bereits anlässlich ihres Gipfels in Fortaleza an der Gründung einer BRICS-Bank – der [New Development Bank](#) – gearbeitet. Die Bank soll besonders Infrastrukturprojekte sowie nachhaltige Entwicklungsprojekte finanzieren und versteht sich explizit als Ergebnis einer US-Verweigerung der Reform der westlich dominierten Finanzinstitutionen Weltbank und Währungsfonds. Die Abhängigkeit vom Westen, so der [Tenor des Gipfels](#), soll auf diesem Weg reduziert werden. Die NDB (New Development Bank) ist ein „machtvolles Instrument“ in den BRICS-Staaten, Entwicklungsländern und in Schwellenländern, um ökonomisch gerechtere internationale Beziehungen anzustreben. Die ersten Projekte wird die NDB im ersten Quartal 2016 realisieren. Die fünf BRICS-Staaten sind auch Mitglieder der von China initiierten Asian Infrastructure Investment Bank ([AIIB](#)) und werden mit dieser eng zusammenarbeiten. Es wird – auch wenn eine finale Liste noch nicht vorliegt – künftig nicht verwundern, wenn so manche Infrastrukturinvestition der Chinesischen Seidenstraßenstrategie zum Durchbruch verhelfen soll.

Die unterschiedlichen praktischen Spielarten der realistischen Theorie der Internationalen Beziehungen wurden von den USA in den letzten drei Dekaden verfeinert, ausgefeilt und weiterentwickelt. Was sich heute im russischen Ufa abzeichnet hat im Theoriediskurs von Geopolitik und Geoökonomie auch einen Namen: Gegenmachtbildung.

### **Politische Gegenmacht**

Neben den Fragen der internationalen Finanzinstitutionen hat sich das Schlussdokument des BRICS-Gipfels von Ufa auch mit unterschiedlichen Fragen des internationalen Rechts und der internationalen Politik beschäftigt. So unterstützten die permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrates Russland und China die Bestrebungen von Brasilien, Indien und Südafrika, ebenso Mitglied des Weltsicherheitsrates zu werden. Kritisiert wurden im Gipfeldokument das militärische Engagement der USA im Mittleren Osten, die Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Russland und die Siedlungspolitik Israels. Hinter der offiziellen Schlusserklärung – gerade im Hinblick auf die Wirtschaftssanktionen – scheint es jedoch zu brodeln.

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) wurde 2001 gegründet und hat im Zuge des Gipfels in Ufa Indien und Pakistan als Mitglieder aufgenommen. Ihre geostrategische Bedeutung steigt dadurch. Neben China und Russland gehören der SOZ auch Usbekistan, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan an. Am Treffen der SOZ nahmen die Präsidenten von Afghanistan und Iran teil.

## **Noch Anti oder neues Kraftzentrum?**

Es war der neokonservative Robert Kagan, der beklagte, dass die SOZ sich in russischen Medien als Anti-NATO aufschwingt. Ob sich der mittlerweile bunte Strauß an Institutionen, Vereinbarungen und Mechanismen mit China und Russland im Zentrum noch als „Anti“-Irgendwas oder bereits als neues Kraftzentrum etabliert hat, ist unter Expertinnen und Experten der Internationalen Beziehungen noch umstritten. Weist die Breite an gemeinsamen Punkten in Wirtschaft und Politik mehr als nur auf einen „gemeinsamen Gegner“ hin oder kaschiert dies nur die tiefen Gräben zwischen den Staaten? Das gegenwärtige Engagement der Nationalstaaten zur Kooperation ist unübersehbar gegeben und das Bedürfnis nach einer Neustrukturierung der globalen Ordnung unzweifelhaft. Der Chinesische Staatschef Xi Jinping bezeichnete diese Entwicklungen als „unumkehrbar“. Die Politik des Westens gegenüber Russland hat – wenig überraschend – als Katalysator für neue Bündnisse und Allianzen gesorgt.

Wie schnell jedoch Sand ins Getriebe eines Integrationsmotors geraten kann, davon singt die EU seit geraumer Zeit ein laut hörbares Lied. Das gilt hüben wie drüben. Dass ein Bündnis seinen gemeinsamen Gegner auch „überleben“ kann hat sein Beispiel im Westen: das Militärbündnis NATO.

Selbst wenn sich die New Development Bank und die Asian Infrastructure Investment Bank in Zukunft etablieren können, die BRICS-Staaten und die SOZ-Länder vorerst eine stabile Zusammenarbeit bewerkstelligen können – zwei große Konjunktive – ist eine zentrale Frage offen. Werden die BRIS (Brasilien, Russland, Indien, Südafrika) den Aufbau einer neuen Bipolarität – eine aus Washington und Beijing – akzeptieren?

## **Die Rolle Österreichs**

Natürlich ist es richtig, wenn die aktuelle [Österreichische Sicherheitsstrategie](#) darlegt, „dass die Sicherheit des neutralen Österreichs und der EU heute weitestgehend miteinander verbunden sind“. Die zentralen Kerneuropastaaten wie Deutschland und Frankreich verstehen es vorzüglich, die EU zum Hebel ihrer nationalen Interessen zu machen. Es hat nichts mit unsolidarischem Verhalten zu tun, wenn auch kleinere EU-Staaten internationale Kooperationen im Sinne von Frieden und Dialogstiftung, der Wirtschaftsentwicklung, von Umweltstandards, Bildungsaustausch oder der Vertiefung kultureller Beziehungen intensivieren und ausbauen. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den BRICS oder den Staaten der Schanghai Organisation ist gegenüber einer falsch verstandenen transatlantischen Loyalität jedenfalls vorzuziehen. Und das nicht nur wegen der Wirtschaft.

Wien ist Sitz bedeutender internationaler Organisationen. Besonders sind hier die Vereinten Nationen zu nennen. Österreich hat an einem funktionierenden Multilateralismus daher ein nationales Interesse. Wenn die USA ihre Politik der Reformverweigerung (noch) funktionierender internationaler Organisationen fortsetzen und wirtschaftlich stärker wachsenden Staaten eine angemessene

Mitsprache verweigern, werden diese die Schaffung neuer Institutionen fortsetzen. Ob dies eine globale Ordnung oder eine globale Unordnung fördert bleibt offen. Schon aus nationalem Interesse sollte Österreich eine stabilisierende und kluge Brückenfunktion beim „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ (Paul Kennedy) spielen.

Quelle:

Roithner Thomas: Schon jenseits von Anti? BRICS, SOZ, EAWU und die Ordnung jenseits des „Westens“, in: Neue Zürcher Zeitung, Österreich, nzz.at, <https://nzz.at/club/schon-jenseits-von-anti> (direkt anwählbar mit <https://nzz.at/s/R7dFY-tyYB>), 20. Juli 2015, Wien 2015.



Thomas Roithner, NZZ-Autor

Thomas Roithner ist Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Friedensforscher und Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Das gebürtige Stahlstadtkind lebt in Wien und forscht zur Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Militär- und Friedenspolitik Österreichs und der EU.

[www.thomasroithner.at](http://www.thomasroithner.at), [www.nzz.at](http://www.nzz.at)